

Linguistische Diskursgeschichte am Beispiel von Wirtschaftskrisen

von David Römer

Krisen als linguistischer Gegenstand

Seit der „Ölkrise“ von 1973/1974 hat die Bundesrepublik Deutschland immer wieder Wirtschaftskrisen erlebt. Aus diesem Grund ist die Ansicht verbreitet, dass die 1970er-Jahre das Ende der Nachkriegszeit markieren. Die Gegenwart gilt als Ära „nach dem Boom“.¹ Nicht nur in der Zeitgeschichtsschreibung nutzt man den Begriff „Krise“, um historische Phänomene zu erklären, auch in gesellschaftlichen Debatten ist „Krise“ ein wirkungsstarkes Konzept. Trotz der unbestreitbar historischen, gesellschaftlichen und auch politischen Relevanz des Krisenbegriffs wird in der Forschung nur vereinzelt reflektiert, welche Annahmen dessen Verwendung zugrunde liegen. Fragen danach, wie Sprache die historische Wirklichkeit (bzw. im konkreten Fall die gesellschaftlich verbreiteten Vorstellungen von Krisen) formt, finden kaum Berücksichtigung.

In meiner Arbeit² untersuche ich mit linguistischen Methoden und in historischer Perspektive den öffentlich-politischen Diskurs zum Thema Wirtschaftskrise. Mittels einer solchen Diskursanalyse können die in der Forschung nur vereinzelt einbezogenen Fragen nach der Rolle von Sprache als Faktor für die historische Wirklichkeit bzw. Vorstellungen von Krisen diskutiert werden.

Erkenntnisinteresse und Fragestellungen

Der Studie liegt die Idee zugrunde, dass Krisen sprachlich konstruiert sind. Soll heißen: Anders als sprachvermittelt können wir Krisen nicht erfassen. Deren Darstellung wiederum prägt unser Wissen von Krisen, etwa welche Eigenschaften und Ursachen sie haben und was zu ihrer Überwindung zu tun ist. Ausgehend von dieser allgemeinen These lässt sich der Bestand intersubjektiv geteilter Annahmen zu einem bestimmten Phänomen, der Wirtschaftskrise, erfassen. Konkretere Forschungsfragen lauten: Mit welchen sprachlichen Mitteln wird „Krise“ im öffentlich-politischen Diskurs als Faktum dargestellt? Wie sind die Konstruktionen von Krisen in die Legitimationsprozesse politischen Handelns eingebunden? Wie unterscheiden sich die Krisenkonstruktionen und die daraus gefolgerten Handlungsoptionen bei verschiedenen Akteuren sowie im historischen Vergleich? Welche Einstellungen und Werte sind in die sprachlichen Konstruktionen

eingeschrieben und welche können sich gegen konkurrierende Ansichten durchsetzen?

Untersuchungskorpus

Als empirische Grundlage der Arbeit habe ich ein historisches Längsschnittquellenkorpus zur „Ölkrise“ 1973/1974, zum Wendediskurs 1982 und zum Reformdiskurs um die Agenda 2010 im Jahr 2003 zusammengestellt. Das Korpus setzt sich aus ca. 1 000 Texten aus *Bild-Zeitung*, *Frankfurter Allgemeiner Zeitung*, *Süddeutscher Zeitung*, der Wochenzeitung *Zeit* und dem ebenfalls wöchentlich erscheinenden Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* zusammen. Zusätzlich wurden ca. dreißig zeitgeschichtliche Schlüsseldokumente, z. B. einschlägige politische Reden und einflussreiche Denkschriften, untersucht. Ausgewählt wurden Quellen, die ein gewisses Medienecho ausgelöst haben, d.h. auf die in den Presstexten häufig intertextuell Bezug genommen wurde. Zu nennen wären etwa das „Lambsdorff-Papier“ von 1982 oder Gerhard Schröders „Agenda-Rede“ von 2003.

Methode und exemplarische Ergebnisse

Methodisch knüpft die Arbeit an die Analyse von Argumentationsmustern und Topoi an. Sie erweitert die in der antiken Rhetorik wurzelnde und in der linguistischen Rezeption diskursanalytisch fruchtbar gemachte Toposanalyse³ zu einem Verfahren, das sich als linguistische Argumentationsgeschichte beschreiben lässt. Insofern dabei auch strukturbezogene Argumentationsanalysen Berücksichtigung finden, wird die sprachwissenschaftliche Diskursanalyse enger an Michel Foucaults Programm der historischen Analyse diskursiver Formationen angeschlossen.

Im empirischen Hauptteil habe ich insgesamt 36 für den wirtschaftlichen Krisendiskurs inhaltlich spezifische Argumentationsmuster herausgearbeitet, die in einem allgemeinen Überblicksteil definiert und erläutert werden. Im Anschluss werden für jeden der drei Untersuchungszeiträume die jeweiligen sprachlichen Realisierungen und Verwendungsweisen der Topoi durch verschiedene Akteure beschrieben und zudem deren Zusammenspiel mit anderen Topoi analysiert.

Als frappierend erweist sich zunächst, dass alle untersuchten Krisen mit denselben sprachlichen Mitteln als gesellschaftliches Faktum etabliert werden. In jedem Untersuchungszeitraum nämlich wird auf ähnliche Weise behauptet, die jeweilige Krise sei historisch einmalig. Dies zeigt, wie wenig ausgeprägt das historische Bewusstsein angesichts einer angeblich *seit langem nicht mehr* oder *noch nie* dagewesenen Situation ist. Umso leichter lässt sich die Konstruktion von „Krisen“ als einmalig aber offenbar immer wieder nutzen, um politisches Handeln zu legitimieren.

Ein weiteres zentrales Ergebnis der Arbeit ist, dass mit den Krisenkonstruktionen häufig Annahmen bezüglich eines Arbeitsplatzrisikos verbunden sind. Es zeigt sich, dass die Gefahr des Arbeitsplatzverlustes als neuer Aspekt im gesellschaftlichen Wissen der Nachkriegszeit aufscheint, der sich nach dem Ende des Wirtschaftswunders während der „Ölkrise“ 1973/1974 ausbildete. Aus einer negativen Bewertung des prognostizierten Unheils (oder der bereits diagnostizierten Realität) Arbeitslosigkeit folgerte man damals, dass schnelles Handeln geboten sei, es wurde also Zeitnot impliziert. Versuche man nicht, der kommenden „Krise“ entgegenzuwirken, werde alles noch viel schlimmer werden. So unterschiedliche politische Maßnahmen wie das Sonntagsfahrverbot und das Reformpaket Agenda 2010 konnten auf diese Weise wiederholt öffentlich legitimiert werden. Ein deutlicher Wandel im Diskurs hingegen zeigt sich an der Umdeutung traditioneller sozialpolitischer Grundbegriffe wie „Gerechtigkeit“ (etwa von „Verteilungsgerechtigkeit“ zu „Leistungsgerechtigkeit“), womit die Auflösung sozialdemokratischer Identität assoziiert wurde.

Die Ergebnisse der Studie legen nahe, dass es sich bei den drei untersuchten Zeiträumen um eine Krise langer Dauer handelt. Mit der Ölkrise 1973/1974 wurde deren Beginn, mit dem Wendediskurs 1982 ihr Wandel und mit dem Reformdiskurs zur Agenda 2010 der Abschluss dieser „Krise“ erforscht. In den 1970er-Jahren bildete sich ein sprachlich-argumentativ ausgeprägtes Krisenbewusstsein aus. Gesellschaftlicher Wohlstand und Stabilität galten als bedroht. Damit einher ging die Infragestellung der staatlichen Problemlösungskompetenz, während zugleich der sozial- und wirtschaftspolitische Konsens der Nachkriegszeit, also eine keynesianisch inspirierte Politik im Rahmen der Marktwirtschaft, auf den Prüfstand kam. Noch unangefochten war zu jener Zeit der Sozialstaat; er wurde vielmehr als für die Sicherung der Zukunft des Individuums unabdingbar angesehen.

Gleichzeitig öffnet sich der öffentlich-politische Diskurs allmählich für neue Ideen, die sich 1982 dann mit der konkreten Forderung nach einer Wende in der Sozial- und Wirtschaftspolitik verbinden sollten. In den 1970er-Jahren ist zu beobachten, dass das etablierte Wissenssystem und die neuen Ideen zwar nebeneinander existierten, aber letztere sich politisch noch kaum durchsetzen konnten.

Mit Beginn der 1980er-Jahre ging man dazu über, dem Sozialstaat, respektive der Politik, die ihn „aufgebaut“ hatte, die Schuld an der Krise zu geben. Der sozial- und wirtschaftspolitische Krisendiskurs nahm bestimmte, alsbald „neoliberal“ genannte Vorstellungen auf und drängte seit den 1990er-Jahren zusehend auf Reformen. Wie die Verkündung der Agenda 2010 und ihre sukzessive Umsetzung in den folgenden Jahren belegen, zeigte der Krisendiskurs nun auch politische Wirkung, die einschneidende gesellschaftliche Umwälzungen nach sich zog.

Im Rückblick erweist sich die sprachliche Erzeugung eines gesellschaftlichen Krisenbewusstseins seit den 1970er-Jahren als wichtige Vorbereitung für die Legitimation der Agenda 2010. Die Wende begann bereits mit der Ölkrise, vollzog

sich im Sinne eines schleichenden, von den Beteiligten oft unbemerkten Wandels des öffentlichen Diskurses und gipfelte in der Agenda 2010.

Zusammenfassung

Die Arbeit führt nicht nur in das Forschungsgebiet der linguistischen Diskursgeschichte ein, sondern schreibt es auch unter theoretisch-programmatischen wie methodologischen und methodischen Gesichtspunkten fort. Mit der historisch-vergleichenden Analyse des massenmedialen Wirtschaftskrisendiskurses seit den 1970er-Jahren leistet die empirische Untersuchung einen Beitrag zur Sprach- und Wissensgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, der auch für angrenzende Disziplinen wie die Geschichts-, Sozial-, und Politikwissenschaft relevant ist. Darüber hinaus setzt sie sich kritisch mit der Zeitgeschichtsschreibung sozialpolitischer und wirtschaftlicher Krisen auseinander. In diesem Zusammenhang scheint eine partielle Neubewertung zeitgeschichtlicher Entwicklungen im Kontext sozial- und wirtschaftspolitischer Krisen unter stärkerem Einbezug des öffentlichen Diskurses angebracht. Durch eine kritische Reflexion des analysierten Diskurses kann zudem die Selbstverständlichkeit medial vermittelter Wirklichkeiten hinterfragt werden. In diesem Sinne ist das Projekt dem Ziel einer „zweiten, sprachlich kommunikativen, in einer massenmedialen demokratischen Gesellschaft notwendigen Aufklärung“⁴ gewidmet.

Fußnoten

¹ Anselm-Doering Manteuffel / Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, 3. ergänzte Aufl. Göttingen 2012.

² David Römer, Wirtschaftskrisen. Eine linguistische Diskursgeschichte. Berlin/Boston 2017 [im Erscheinen].

³ Martin Wengeler, Topos und Diskurs. Begründung einer argumentationsanalytischen Methode und ihre Anwendung auf den Migrationsdiskurs (1960–1985), Tübingen 2003; Josef Klein, Komplexe topische Muster. Vom Einzeltopos zur diskurstyp-spezifischen Topos-Konfiguration, in: Thomas Schirren / Gert Ueding (Hrsg.), Topik und Rhetorik. Ein interdisziplinäres Symposium, Berlin 2000, S. 625–649.

⁴ Georg Stötzel: Geleitwort. In: Frank Liedtke / Martin Wengeler / Karin Böke (Hrsg.), Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik, Opladen 1991, S. 7-8, hier: S. 8.